

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 46. 30. Jahrg.

16. Novemb. 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsenstr. 85-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditt. Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinstätigkeiten sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinst. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Gegen Reaktionäre und Kriegsverlängerer. Rundschau. Marx und die Gewerkschaften. II. Kundgebung des Deutschen Wohnungsausschusses. Rechtsfragen. — **Allgemeines:** Gebietsabgrenzung. Schein oder Wirklichkeit. VII. Ortsberichte: Dresden. — **Graphische Technik:** Der praktische Umdrucker. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch: Die Frankfurter Kriegsküchen im 3. Geschäftsjahr. — **Anzeigen.**

Gegen Reaktionäre und Kriegsverlängerer.

Beginnt man in stillen Stunden darüber nachzudenken, wie der Ausgang des Krieges auf unser Wirtschaftsleben zurückwirken könnte, dann lernt man begreifen, warum mit solcher Erbitterung um die beiden Gegensätze: Verständigungsfrieden oder Krieg bis zur endgültigen Niederlage der Gegner, innerhalb der heimatischen Grenzen gerungen wird. Unter diesem Feldgeschehniß spielt sich in Wahrheit der erbitterteste Klassenkampf ab, wie er leidenschaftlicher zu keiner Zeit des Friedens ausgefochten wurde.

Aber wir stehen erst am Anfang dieses Kampfes. Noch wirken die Beschränkungen, die sich das deutsche Volk, wenigstens in seinen breiten Schichten, in dem Austrag seiner inneren Gegensätze aufgelegt hat, nach. Je näher aber das Ende des Krieges heranrückt, umso offener, rücksichtsloser platzen die Meinungen aufeinander. Dabei behauptet jede Seite, hinter ihr stände die weitaus größte Mehrheit des ganzen Volkes.

Wie der Krieg aus wirtschaftlichen Gegensätzen entstanden ist, die sich nach und nach zwischen den verschiedenen Nationen aufgehäuft hatten, so reißt das Problem der Kriegsbeendigung wieder tiefe Gegensätze im Innern des Volkes auf. Eine neue Partei, unter dem anmaßenden Namen Vaterlandspartei ist gegründet worden. Die Art aber, wie sie ins Leben trat, mußte mit Recht den entrüsteten Widerstand des ganzen arbeitenden Volkes hervorrufen. Es gelang in der Tat, im Reichstag und in der Tagespresse den Nachweis zu führen, das viele Übergriffe von Behörden oder behördlichen Personen, von Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen, von Unternehmern gegen ihren Arbeiter und Angestellten, vorgekommen sind; Übergriffe, die darauf hinausliefen, diese Abhängigen zum Beitritt zur Vaterlandspartei zu veranlassen.

Aus diesen Umständen ergab sich schon, daß hinter dieser Gründung Leute standen, die man im gewohnten Sprachgebrauch nicht gerade zum Volke zählt. Am deutlichsten geht es aus den Tageszeitungen hervor, die hinter dieser neuen Parteigründung stehen. Einige, wie der »Berliner Lokalanzeiger« und die ehemals freisinnige »Weserzeitung« sind nachgewiesenermaßen von dem Gelde schwerindustrieller Unternehmer gekauft worden. So steht es fest, daß in Essen, kurz vor Beginn des Krieges eine Auslands-Anzeigengesellschaft gegründet wurde, die wieder an die Berliner Auslands-Anzeigengesellschaft angeschlossen ist. 150 größte industrielle Unternehmungen stehen der Berliner Gesellschaft schon zu Diensten. Darunter finden wir: Das Kohlensyndikat,

den Norddeutschen Loyd, Fr. Krupp, Geschützgießerei, Gebr. Stollwerk und andere schwerreiche Unternehmungen. Genau so sieht es aber mit der Essener Gründung; auch hier finden wir als Teilhaber die großen Eisen- und Kohlengruben, wiederum die Firma Krupp, den Stahlwerksverband und andere Namen von gleichem Gewicht und gleichem Charakter.

Von den hier zusammengetretenen 44 Gesellschaften werden nicht weniger als 22 durch einen Mann, und zwar durch den Finanzrat Hugenberg von der Firma Krupp vertreten.

Wie hier diese beiden Zeitungen durch Kauf direkt in den Dienst der Schwerindustrie gestellt worden sind, so soll durch die Beeinflussung des Annonzengeschäfts die ganze öffentliche Presse dieser Interessengruppe dienstbar gemacht werden. Das heißt nichts anderes, als: wenn die Redaktion in einem Teil der Zeitung etwas schreibt, was uns Industriellen nicht in den Kram paßt, dann entziehen wir dir die Annonzen für dein Blatt! Es leuchtet ohne weiteres ein, daß Tageszeitungen dadurch einen recht empfindlichen Verlust haben könnten. Da aber mit Ausnahme der sozialdemokratischen Zeitungen alle anderen rein kapitalistische Unternehmungen sind, so wird der Verleger gar bald darauf dringen, daß solche geschäftsstörende Meinung des Redakteurs zum Schweigen gebracht wird.

Dieselbe Fälschung der öffentlichen Meinung soll nun durch die Gründung der neuen Vaterlandspartei herbeigeführt werden. Denn auch hinter dieser Parteigründung stehen die ganzen reaktionären Kreise konservativer oder nationalliberaler Färbung.

Der bekannte Wiener Völkerrechtslehrer Professor Lamasch hielt im österreichischen Herrenhaus eine Rede, in der er sagte: »Ich gebe zu, daß sich unter den Gegnern des Verständigungsfriedens auch solche befinden, die aus Idealismus dagegen sind, die große Mehrzahl der Friedensgegner hat aber ganz andere, mehr persönliche Motive, die Erhaltung der unumschränkten Macht, die ihnen nach dem Friedensschluß sofort entzogen würde, die Ausbeutung von Ländern und Völkern, die gerade so das Recht auf Leben haben wie wir; es handelt sich anderen um Tantiemen und Dividenden der Kriegsindustrie, Wucherer und anderen.«

In derselben Weise ließ sich der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald aus. Er, der als Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes in Berlin wahrscheinlich reichlich Gelegenheit hatte gewisse Treibereien zu beobachten, schrieb kürzlich:

»In der Hauptsache waren es Altdeutsche, extreme Konservative mit altpreußischer Denkungsart, sowie Schwerindustrielle, die übereinstimmend weitgehende Kriegsziele vertraten und gleichzeitig jeder innerpolitischen Neuordnung während des Krieges sich widersetzen. Politisch stand also die Gesamtsituation so, ob die Weiterführung des Krieges und die Gestaltung des Friedens ausschließlich auf die Rezepte dieses Herrenmenschentums eingestellt werden sollte, oder ob auch den breiten

Schichten durch die geordnete parlamentarische Vertretung darauf ein starker Einfluß einzuräumen sei.«

Zu dem Herrenmenschentum, zu den Wucher- und Kriegsgewinnlern gehören nun ganz zweifellos unsere Groß-Agrarier, die konservativ adeligen Großgrundbesitzer. Sie haben sich ja von jeher in diesem Rahmen betätigt, fühlen sich seit langem mit den Großindustriellen durchaus wesensverwandt.

Dem aufmerksamen Beobachter der politischen Vorgänge kann unmöglich entgehen, daß die vorgeschobenen Eroberungsziele der Altdeutschen, der Besitz der Kohlen- und Eisenbergwerke in Nordfrankreich und Belgien, der Ländereien in Kurland und Littauen, ihnen keineswegs so arg am Herzen liegt als die Furcht vor dem Verlust ihrer bis jetzt innegehabten Vorrechte. Sprach sich doch sogar ein Rittergutsbesitzer, Dr. Graf v. Schwerin-Putzar, für die Notwendigkeit der Gewährung des Koalitionsrechtes für die Landarbeiter aus. Dahin wird es allerdings tatsächlich endlich, endlich kommen müssen. Die Erfüllung dieser Forderung wird bei der Arbeiterknappheit nach dem Kriege unmöglich zu umgehen sein. Noch gefährdender vom Standpunkt des schwerindustriellen Herrenmenschentums sieht es in der Industrie aus. Der Jubel über den Mitgliederverlust der Arbeiterorganisationen brach unglücklicherweise gerade in dem Moment aus, als die Gewerkschaften eben begannen in geradezu erstaunlicher Weise an Mitgliedern wieder zu zunehmen. Wir haben des öfteren über diese erfreuliche Erscheinung des vierten Kriegsjahres berichten können. Wenn aber allein der Bergarbeiterverband in den 9 Monaten des laufenden Jahres 44.999 neue Mitglieder aufnehmen konnte, fast soviel als er überhaupt am 1. Januar 1917 besessen hatte, dann glauben wir gern, daß es den reaktionären Unternehmerkreisen dabei selbst ungemütlich wird.

So erfreulich dieser Zuwachs der Gewerkschaften auch ist, so sehr er beweist, daß die Gewerkschaften das Vertrauen der Arbeiter hinter sich haben, es genügt nicht, die unheimliche, und für die Arbeiter verderbliche Macht der Kreise, die hinter der Vaterlandspartei stehen, in Schranken zu halten. Aber wir dürfen doch feststellen, daß in dieser Gegnerschaft gegen die Vereinigung aller reaktionären Kräfte die Arbeiterschaft aller Richtungen und Organisationen, mit Ausnahme der krankhaft geblödsichtigten, einmütig zusammensteht. Der Viermillionenblock der Gewerkschaften aller Richtungen bewährt sich auch auf diesem neuen Kampfgebiet. Der Zentralrat der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften nahm eine Entschiedenheit an, in der unter anderem gesagt wurde: »er sieht in dem Aufstreben dieser Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe.«

Erfreulich scharf war auch die Absage, die der christlich-nationale Arbeiterkongreß, Ende Oktober gegen die Kriegsinteressenten aussprach; ebenso erfreulich wirkten aber auch die

Forderungen, die dieser Kongreß für die Sozialpolitik aufstellte. Es ist ein mutiger, entschlossener Ton, der aus dieser Versammlung sprach. Sie, die uns immer zu weich, zu lau erschienen, haben aus der Kriegszeit Erkenntnisse mitgenommen, die sonst nur in den freien Gewerkschaften vertreten wurden. Der Reichstagsabgeordnete Hue, der an dieser Tagung als Gast teilnahm, schreibt in der »Bergarbeiterzeitung« über seine dort empfangenen Eindrücke:

»Allgemein lieben die Ausführungen der Diskussionsredner eine große Erbitterung über die ungleiche Nahrungsmittelverteilung, die wegen den unaufhörlichen Preistreibern unzulänglichen Löhne, die sehr oft unwürdige, aufreizende Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, ganz besonders über die Nichtachtung der Gewerkschaften seitens der großindustriellen Unternehmer erkennen. Die so scharf anklagend sprachen, das waren keine sogenannten »Unterwähler der Staats- und Gesellschaftsordnung«, sondern strengmonarchisch und positiv-religiös gesinnte Männer und Frauen, deren Stimme oft vor innerer Empörung bebte, wenn sie darlegten, wie noch im vierten Kriegsjahr das arbeitende Volk trotz aller schweren Opfer und Entbehrungen seelisch mißhandelt würde. Der Referent Bedly, Vorsitzender des deutschen Handlungsgewerkschaften-Verbandes, konnte erklären, selbst dem deutschen Handlungsgewerkschaftenverband würden »sozialdemokratische Tendenzen« vorgeworfen, nur weil er die sozialdemokratischen Forderungen der Handlungsgewerkschaften vertritt. Aber: »Nicht der soziale Wille von oben hat die sozialen Einrichtungen geschaffen, sondern der Druck von unten, die soziale Gefahr war die Ursache.«

In diesen Worten liegt die Rechtfertigung der Gewerkschaftsbewegung, wenn sie überhaupt noch einer Rechtfertigung bedarf. Die ganzen Verhandlungen des christlich-nationalen Kongresses waren das Hohelied auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Angestellten, und darum eine erhebende Genugtuung für alle Männer und Frauen, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, den »vierten Stand« durch die Zusammenfassung seiner Kräfte aus Dunkel und Unrecht zum Licht und zum Recht zu erheben. —

»Die Deutsche Arbeitgeberzeitung« ist über diesen Kongreß fast aus dem Häuschen vor Arger, weil sie ganz richtig wittert, wenn diese religiös gesinnten Männer und Frauen schon eine solche Sprache reden, dann muß es wahrhaft böse aussehen mit dem Anhang der sogenannten Vaterlandspartei in Deutschland. Und so ist es in der Tat. Wie schon im Reichstage und in der Presse an zahllosen Beispielen nachgewiesen wurde, sind die sogenannten Masseneintritte in diese Partei in der Hauptsache auf erschlindene und erzwungene Unterschriften zurückzuführen. Vom Landrat bis zu dem Werkmeister in der Fabrik hat alles an dem Zustandekommen mit den bekannten freundlichen Vorgesetztenmitteln teilgenommen.

Deshalb wollen wir uns aber die ungeheure Gefahr der Fälschung der öffentlichen Meinung nicht verhehlen. Es ist die Übermacht des Geldes, die in dieser skrupellosen Agitation zum Ausdruck kommt. Man muß sich die Wagenladungen von Druckpapier vorstellen, die durch jene Kreise für ihre durchsichtigen Interessen verschwendet werden, um einen Begriff von den Reichtümern zu bekommen, die sich hinter diesen Kreisen verbergen. Wenn dauernd mit so gewaltigen Mitteln in der Öffentlichkeit operiert wird, muß nach und nach doch ein gewisser Eindruck davon zurückbleiben. Eine Reichstagswahl, die im Sinne einer Volksabstimmung wirken könnte, ist zur Zeit nicht ausführbar. Und doch wissen wir, die wir mitten im Volke leben, wie tief die Friedenssehnsucht allerwärts gestiegen ist, wie alles denen flucht, die auch nur eine Stunde länger den Krieg hinaus ziehen wollen, als zur Verteidigung des Landes unbedingt notwendig ist.

Die gesamte Gegnerschaft gegen die Erörterungspolitiker nach außen und die Reak-

tionäre nach innen muß aber in irgend einer Form zusammengefaßt werden, um der Öffentlichkeit die Hohlheit der ganzen Agitation der Vaterlandspartei auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Während diese Zeilen im Druck erscheinen, sind schon die Vorarbeiten für den Zusammenschluß erledigt, ist es bereits gelungen den Volksbund zu gründen, der als erstes Gegengewicht gegen jene skrupellosen Agitation zu betrachten ist. Gelingt es so, alle Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände zum wuchtigen Protest unter einen Hut zu vereinen, dann wird ein Volksbund dastehen, der mehr als 10 Millionen Mitglieder umfaßt; eine Organisation von so imponierender Größe, wie sie die Weltgeschichte noch niemals gesehen hat. 10 Millionen, die mit ihren Familien, mit ihren Interessen gebieterisch einen baldigen ehrenvollen Frieden verlangen. Aber auch 10 Millionen, die gegen jede Rechtslosigkeit im politischen und wirtschaftlichen Leben der Heimat protestieren, die die Durchführung des gleichen Wahlrechtes in den Bundesstaaten und im Reich verlangen, die die stürmisch eine energische Fortführung der Sozialpolitik fordern.

Freie Bahn für durchgreifende Sozialpolitik im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege, Erweiterung der politischen Rechte für alle Volksgenossen, die in diesem Kriege bis zur Erschöpfung gekämpft, gelitten und gearbeitet haben. Das ist das Programm des neuen Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der damit seinen Namen mit Recht verdient hat.

Rundschau.

Vorläufig keine Zusammenlegung von Druckereibetrieben. Der Staatssekretär des Innern hat, wie wir der »Papierzeitung« entnehmen, unter dem 20. Oktober an den Reichsausschuß für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung folgende bedeutsame Mitteilung gerichtet: Zur Beilegung der in verschiedenen an das Kriegsamt und mich gerichteten Eingaben geäußerten Beunruhigung über eine etwaige Zusammenlegung von Zeitungsbetrieben teile ich nach Benehmen mit dem Kriegsamt mit, daß eine solche Zusammenlegung weder von der Reichsleitung noch vom Kriegsamt beabsichtigt ist. Das Kriegsamt hat dementsprechend sämtliche Kriegsamtstellen angewiesen, Maßnahmen zur Zusammenlegung solcher Betriebe nicht mehr in Angriff zu nehmen und bereits eingeleitete Vorbereitungen abzubrechen. Das Gleiche gilt auch für Druckereien, die mit der Herstellung von Zeitungen beschäftigt sind. Ferner sollen Vorarbeiten für die Zusammenlegung von anderen Druckereien von den Kriegsamtstellen nicht weiter geführt werden; die grundsätzliche Frage, ob und inwieweit diese Betriebe zusammengelegt werden können, wird demnächst von mir im Benehmen und nach Anhörung der Vertreter der in Betracht kommenden Gewerbe geprüft werden. Ich stelle ergebenst anheim, die beteiligten Kreise von der Sachlage in Kenntnis zu setzen. In Vertretung gez. *Schwander.*

Geschäftsberichte: Die Vereinigten Stralsunder Spielkarten-Fabriken Akt.-Ges. in Stralsund erhöhen ihre Dividende für 1916/17 von 10 v. H. in 1915/16 auf 12 1/2 v. H. Der Betriebsüberschuß hob sich von 962008 Mk. auf 1274418 Mk. Nach Kürzung der Geschäftskosten mit 812203 Mk. (i. V. 617439 Mk.) und der Abschreibungen von 200000 (142709) Mk. ist ein Überschuß von 266687 (204321) Mk. verfügbar, wovon 175000 (140000) Mk. zur Dividendenausschüttung, 30000 (25000) Mk. für Sonderrücklagen, 32445 (20000) Mk. für Wohlfahrtszwecke dienen; nach 20698 (12348) Mk. Tantiemen bleiben 6044 (4473) Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Dem Geschäftsbericht zufolge war der Bedarf an Spielkarten im Reich wegen der Abwesenheit eines großen Teiles der männlichen Bevölkerung nur gering; er wurde indes durch die Aufträge der Heeresverwaltung reichlich ausgeglichen. Die scharf gestiegenen Preise der Roh- und Hilfsstoffe veranlaßten mehrmalige Erhöhung der Verkaufspreise. In der Bilanz erscheinen Außenstände und Bankguthaben mit 913870 (818140) Mk. Wertpapiere mit 839425 (460048) Mk. — *W. Hagelberg Akt.-Ges., Luxuspapierfabrik in Berlin.* Das Jahresergebnis ergibt, wie in der Sitzung des Aufsichtsrates festgestellt wurde, für das Geschäftsjahr 1916/17 einen Verlust von 163592 Mk. bei 168652 Mk. Abschreibungen. Außerdem sollen dem Kriegsreservofonds 166351 Mk. entnommen werden. Der Verlust des Vorjahres betrug 297859 Mk. einschließlich 157027 Mk. Ergänzungen der Kriegsreserve. Die Abschreibungen betragen 215242 Mk.

Der Arbeitsmarkt im September 1917. Dem September des Vorjahres gegenüber ist verschiedentlich auch im Berichtsmonat eine Steigerung der Tätigkeit hervorgetreten. Aus den Nachweisungen der Krankenkassen ergab sich in diesem Monat eine Zunahme der in Beschäftigung stehen-

den Mitglieder um 17838 oder um 0,19 v. H. Diese Zunahme kommt ausschließlich auf die vermehrte Beschäftigung von Frauen, während die männliche Beschäftigtenzahl um 601 oder 0,01 v. H. abgenommen hat. Nach den Feststellungen von 33 Fachverbänden, die für 1029179 Mitglieder über Arbeitslosigkeit berichteten, betrug die Arbeitslosenanzahl Ende September 7875. Es sind das 0,8 v. H. Da auch Ende Juli und Ende August 1917 die Arbeitslosenziffer 0,8 v. H. betrug, so zeigt sich den beiden Vormonaten gegenüber keinerlei Veränderung in der Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche wie für das weibliche Geschlecht ein allerdings nur schwaches Steigen des Andranges der Arbeitssuchenden erkennen. Im September kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 50 Arbeitssuchende (gegenüber 49 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht stieg die Andrangsziffer von 86 auf 87.

Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. In den Vervielfältigungsgewerben waren unter 39730 Mitgliedern von 45 berichtenden Fachverbänden Ende des Berichtsmonats 102 arbeitslos oder 0,3 v. H. gegen 0,8 im Vorjahr und 0,4 v. H. im Vormonat. Unser Verband zählte im September 37 Arbeitslose oder 0,7 v. H., die Buchdrucker 0,2 v. H. und die Buchdruckereihilfsarbeiter 0,0 v. H.

25 Jahre Verbandsvorsitzender. Der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Karl Hübsch, feierte am 7. November d. Js. sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender. Ein Jahr nach der Gründung des Verbandes wurde er in dieses Amt gewählt. Der Verband zählte damals gerade 6000 Mitglieder; diese Zahl aber stieg bis zum Jahre 1912 auf 140000 Mitglieder. Erst sechs Jahre nach der Übernahme des Postens wurde er angestellt.

Neue Preise in der Tapetenindustrie sind, wie wir erfahren, jüngst in Kraft getreten. Wie der Hauptverein deutscher Tapetenhändler dazu erklärt, werden den Preisen der Friedensverkaufsliste 90 Proz. Teuerungszuschlag zugerechnet.

Gelbe Vertreter der Kriegsbeschädigten. Im Mai d. Js. wurde in Essen ein »Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter« gegründet. Die Hauptmader waren ein Krupp'scher Angestellter und der Herausgeber einer Zeitschrift, die unter dem Deckmantel der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Ausgestaltung einer Inseratenplantage und die Verbreitung von schundmäßiger Unterhaltungsliteratur zu Gunsten dieses Verlegers betrieb. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen sind sofort von diesem zweifelhaften Unternehmen abgerückt. Jetzt zeigt sich sein wahrer Charakter immer deutlicher. Die Essener wollen in der Kriegsbeschädigtenbewegung dieselbe Rolle spielen wie die Gelben in der Arbeiterbewegung. Sie fallen den Kriegsbeschädigten in den Rücken, sie wenden sich sogar gegen die Erhöhung der allenhalben als unzureichend erkannten Kriegerrenten. In Nr. 24 des offiziellen Vereinsorgans »Der Kriegsbeschädigte« tritt der Krupp'sche Verbandsvorsitzende, Herr Adorf, gegen die Erhöhung der Kriegerrenten in die Schranken und wendet sich in unglücklicher Weise gegen die vom »Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer«, der ernsthaften Vertretung der Kriegsbeschädigten, für die Erhöhung der Kriegerrenten durch Einreichung einer Massenpetition an den Reichstag eingeleitet worden sind. Herr Adorf schreibt: Die Forderung der »sofortigen erheblichen Heraussetzung der Renten« ist nichts weiter als ein Bluff und an sich genau so erbärmlich und verdammungswürdig wie die Streikbewegungen im Lande zu einer Zeit, wo Millionen unserer Brüder in der Front um unser Dasein und um Bestand unseres Vaterlandes kämpfen und Tausende und abermal Tausende zu jeder Stunde des Tages ihr kostbares Leben für uns aushauchen. Wir erklären hiermit laut und feierlich, daß wir, der gesamte Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das deutsche Reich, dieser Massenpetition völlig fern stehen und sie weder gutheißen noch unterstützen. Im weiteren erklärt Herr Adorf die erhebliche sofortige Heraussetzung der Renten für »vollständig unmöglich«. So sieht eine Organisation aus, welche die Interessen der Kriegsbeschädigten zu vertreten behauptet! Sie erklärt die Heraussetzung der Kriegerrenten für unmöglich, zu einer Zeit, in welcher der Hauptausschuß des Reichstages sie einstimmig beschließt, in welcher es sehr wohl möglich gewesen ist, die gesamte Familienunterstützung zu erhöhen und sämtlichen Beanteten Teuerungszulagen zu gewähren. Dies eine Beispiel wird wohl genügen, um den Kriegsbeschädigten zu zeigen, daß der Essener Verband aus gelber Rücksichtnahme auf die Wünsche des Unternehmertums und gewisser Behörden ihre Interessen schmählich preisgibt.

Verschmelzungsbestrebungen im Glaser-Verband. Eine Beiratssitzung des Glaserverbandes, die in Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden und des Ausschußvorsitzenden Ende Oktober in Karlsruhe stattfand, beschäftigte sich mit dem Anschluß des Glaserverbandes an eine größere Organisation. Schließlich wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, mit diesen beiden Organisationen Übertrittsbedingungen zu beraten und festzulegen und dann sofort nach Friedensschluß eine Urabstimmung darüber herbeizuführen. Der nächstfolgende Verbandstag soll dann die endgültigen Beschlüsse fassen.

Marx und die Gewerkschaften.

II.

Meist werden zwar die Eisenacher im Gegensatz zu den Lassalleanern Marxisten genannt. Nichts ist jedoch irriger. Nur ein kleiner Teil von ihnen hatte sich die Marx'schen Lehren zu eigen gemacht, die Masse stand Lassalle viel näher als Marx, dessen Einfluß erst während des Sozialistengesetzes langsam so gewachsen ist, daß er mit der Zeit herrschend wurde.

Marx hat darauf verzichtet, ähnlich wie Lassalle ein paar Leitsätze aufzustellen, die als sein System bezeichnet werden können. Das Gedankengebäude, das er aufgerichtet hat, ist so groß und so kompliziert, daß es manchen recht schwer fällt, sich darin zurechtzufinden. Sie klammern sich darum gern an einzelne Aussprüche, und sie tun dies um so lieber, je mehr sich diese in der gleichen Richtung bewegen, wie es die Theorie von Anfang an getan hat. Ein paar solcher Aussprüche sind die aus dem Kommunistischen Manifest stammenden Sätze, daß die Proletarier sich als Klasse und damit als politische Partei organisieren müßten und daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf sei. Diese Worte gehören zum eisernen Wissensbestand mancher unserer Agitatoren, zumal sich an ihnen so schön zeigen läßt, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom ersten Tage an auf dem richtigen Wege war. Dabei werden rasch Lassalle und Marx in einem Atemzuge genannt, obgleich sich diese beiden Denker gar nicht so leicht unter einen Hut bringen lassen. Zugleich kann mit diesen Sätzen bewiesen werden, wie nebensächlich für den proletarischen Emanzipationskampf die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Kämpfe sind, denn die Gewerkschaften, so heißt es, sind keine Partei, und ihre Kämpfe sind, da sie keine politischen Kämpfe sind, folglich auch keine Klassenkämpfe.

Es gibt auch heute noch sehr viele Sozialdemokraten, die so denken und die sehr energisch den Kopf schütteln, wenn versucht wird, ihnen klarzumachen, daß Marx den Gewerkschaften sehr große Bedeutung beimaß und in ihnen die eigentliche Organisationsform der Arbeiterbewegung sah. Und doch ist es so. Das hat Marx als Organisator gezeigt, als er die Internationale Arbeiterassoziation auf eine gewerkschaftliche Grundlage stellte, und er hat es oft genug gesagt, wenn er sich theoretisch mit den Anhängern der verschiedenen sozialistischen Schulen auseinandersetzte. Immer hat er dabei die Gewerkschaften in den Vordergrund gestellt. So im »Eland der Philosophie«, der Polemik gegen Proudhon, der sich schroff gegen die Gewerkschaften ausgesprochen hatte. Ihm gegenüber vertrat Marx die Auffassung, daß die ersten Versuche der Arbeiter sich zu assoziieren, stets die Form von Koalitionen annehmen, die zunächst meist keinen anderen Zweck haben, als die Durchführung eines augenblicklichen Streiks, mit der Zeit aber zu dauernden Koalitionen werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse es mit sich bringen, daß für die Arbeiter gegenüber dem vereinten Kapital die Aufrechterhaltung der Assoziationen wichtiger sei als die des Lohnes.¹⁾

Auch in dem kurz darauf mit Engels verfaßten Kommunistischen Manifest weist er auf die Koalitionen als Grundlage der Arbeiterbewegung hin. Besondere Beachtung verdient sein Vortrag, den er im Juni 1865 im Generalrat der Internationale hielt, worin er sich mit Weston, der zur Schule Owens gehörte, auseinandersetzte. Eckstein sagte darüber mit Recht, daß wir in diesem Vortrag die eingehendste und ausführlichste theoretische Behandlung der Gewerkschaften überhaupt besitzen, die Marx gegeben hat.²⁾ Weston hatte über die Aussichten der Gewerkschaftsbewegung in ähnlich absprechender Weise geurteilt wie Proudhon. Das Resultat der Auseinandersetzung war, daß der Generalrat dem darauffolgenden Kongreß der Internationale in Genf die Resolution vorlegte, auf die weiter unten eingegangen wird. Einige Monate vorher hatte Marx schon wegen des Koalitionsrechts Differenzen mit Schweitzer. Dieser hatte im »Sozialdemokrat« einen Aufruf des damaligen Vereinspräsidenten Becker in dem das Koalitionsrecht gefordert wurde, abshwächend kommentiert und dabei betont, daß die Erkämpfung des Koalitionsrechts keiner der Programmpunkte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sei und deshalb der Verein bei der Beteiligung an dem Kampfe um das Koalitionsrecht nur den Arbeitern eine Konzession mache, die ihre Interessen noch nicht voll erkannt hätten. Marx schrieb ihm, daß die Koalitionen mit den aus ihnen erwachsenden Trade Unions nicht nur als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampfe mit der Bourgeoisie von der äußersten Wichtigkeit seien — einer Wichtigkeit, die sich unter anderem auch darin zeige, daß selbst die Arbeiter der Vereinigten Staaten trotz Wahrheit und Republik die Gewerkschaften nicht entbehren könnten, — sondern daß in Preußen und Deutschland die gewerkschaftliche Koalition überhaupt ein Mittel zur Durchbrechung der Polizeiherrschaft und des Bureaualtrismus sei.

Einige Jahre darauf, 1867, kam dann der erste Band des »Kapital« heraus. Darin schrieb Marx

auch das eherne Lohngesetz Lassalles beiseite, indem er klarlegte, daß nicht die Zunahme der Geburten bestimmend auf den Lohn einwirkte, sondern die im Akkumulationsprozeß des Kapitals geschaffene industrielle Reservearmee. Damit war das in Deutschland wichtigste theoretische Hindernis der Gewerkschaftsbewegung aus dem Wege geräumt, obgleich es noch geraume Zeit eine Rolle spielte. So hat Marx mit fast allen sozialistischen Schulen wegen der Gewerkschaften disputiert, immer bemüht, den Gewerkschaften den ihnen gebührenden Platz zu verschaffen.

Allerdings, Gewerkschaften, die sich nur mit der Lohnfrage und der Frage der Arbeitszeit beschäftigen, konnten der Marx'schen Auffassung nicht genügen. Nicht die rein berufliche Organisation, sondern die Klassenbewegung, die bewußt auf die Befreiung des Systems der Lohnarbeit und der Herrschaft des Kapitalismus hinarbeitet, war ihm die Hauptsache. Das schrieb er schon im »Eland der Philosophie« und auch im »Kommunistischen Manifest«. Er erwartete, daß überall, wie er es in England beobachtete, aus den lokalen Forderungen heraus allgemeine Forderungen politischen Charakters entstehen würden, wie es denn auch im Kommunistischen Manifest heißt: »Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.«

Eingehender führte er dies in einem Briefe an F. Bolte aus:

... Zum Beispiel der Versuch, sich in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerke durch Streiks usw. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; dagegen die Bewegung ein Achtstunden-usw.-Gesetz zu erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische hervor, das heißt eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt.³⁾

Kundgebung des Deutschen Wohnungsausschusses.

Eine eindrucksvolle Kundgebung zur Herbeiführung beschleunigter Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsreform veranstaltete der Deutsche Wohnungsausschuß am 30. Oktober d. Js. in den Rheingoldsälen in Berlin. Es beteiligten sich an ihr in großer Zahl nicht nur die Vertreter der eigentlichen Wohnungsreformkundgebung, sondern es war weit darüber hinaus eine Kundgebung der großen an der Abstellung und Vorbeugung der Übelstände interessierten Volkskreise überhaupt, die durch zahlreiche Abgeordnete der einschlägigen großen Organisationen vertreten waren. Die an der Frage beteiligten Behörden, Reichs-, Staats- und Gemeindeämter hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch der Reichstag und die beiden Häuser des preussischen Landtags waren durch eine Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Die zur Verhinderung des an vielen Orten drohenden Wohnungsnotstandes in erster Linie dringend erforderlichen Maßnahmen behandelte Prof. Dr. C. J. Fudis-Tübingen in längerem Vortrage, dem folgende Leitsätze zugrunde lagen:

»Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im »Rheingold« auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärt: I. Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabwendbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Inangriffnahme dieses Werkes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden.

II. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern: 1. Zur Lösung der Bodenfrage: Gesetzliche Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Verkaufsrechtes usw., billige Hergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Gründung großer gemeinnütziger Boden- und Siedlungsgesellschaften mit weitgehender öffentlicher Hilfe. — 2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswesens. — 3. Verbesserung der Verwaltungsorganisation für das Wohnungswesen durch Errichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamte des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswesen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. — 4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsgesetzgebung.

Nach einmütigen Zustimmungserklärungen von Reichstags- und Landtagsabgeordneten der

verschiedensten politischen Richtungen und einer größeren Anzahl von Vertretern der Verbände, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände, wurden die vorgelegten Leitsätze einstimmig zum Beschlusse der Versammlung erhoben. Möchten nun endlich von den zuständigen Stellen durchgreifende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele erfolgen, die von dem einstimmigen Willen aller getragen werden, denen der Wiederaufbau der deutschen Volksgesundheit und der deutschen Volkskraft am Herzen liegt. D. W. A.

Rechtsfragen.

Gewährung der bedingten Rente.

Davon den Truppenteilen nicht überall weitgehend genug von der Bewilligung bedingter Renten nach § 25 des Mannschafts-Versorgungsgesetzes 1906 Gebrauch gemacht wird, ist dies vom Kriegsministerium in einem Erlaß vom 4. 10. 17 Nr. 675/8, 17. C 2 R. empfohlen worden. Nach dem Wortlaut des § 25 M. V. G. kann eine bedingte Rente »im Falle dringender Bedürftigkeit vorübergehend« gewährt werden. Die Pensionierungsvorschrift enthält in ihrem III. Teil, Ziffer 20, 1 und 2 Einschränkungen. Demnach ist eine bedingte Rente nicht zu gewähren, wenn der Mann nur kurze Zeit bei der Truppe war, und die dringende Bedürftigkeit ist nur dann anerkannt, wenn die Erwerbsunfähigkeit 30 Proz. und mehr beträgt. Von der Beachtung dieser Einschränkungen ist nach obigem Erlaß bis auf weiteres abzusehen, da die heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse dies erfordern. Bei Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung einer bedingten Rente muß den durch den Krieg verursachten, besonders schwierigen Verhältnisse in weitem Maße Rechnung getragen werden, um die Entlassenen vor Not zu schützen und ihnen den Übergang in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern. — Eine bedingte Rente wird nach § 25 des M. V. G. 1906 an Unteroffiziere und Gemeine gewährt, die wegen körperlicher Gebrechen aus dem Dienst entlassen werden und auf Rente keinen Anspruch haben, weil Dienstbeschädigung nicht vorliegt. pk

Operationspflicht Unfallverletzter.

Bekanntlich ist ein Unfallverletzter nicht zur Duldung einer Operation verpflichtet, auch wenn sie relativ ungefährlich ist. Nun hatte sich aber in einem besonderem Falle ein Ortskrankenkassenmitglied durch redhtkräftig gewordenen Vergleich vor dem OVA. verpflichtet, die Entfernung eines Teils der Tränenrüse vornehmen zu lassen. Es fragte sich, ob er hierdurch die Berechtigung, die Operation zu verweigern, verloren hat. Das Reichsversicherungsamt hat dies mit Entscheidung vom 15. Juni 1916 (Aktenzeichen I. 88'16) verneint. Es führt aus:

In der Berechtigung eines Verletzten, die eigentlichen Operationen abzulehnen, muß ein unantastbares persönliches Recht erblickt werden, auf das er sich jederzeit berufen kann und das erst mit dem Augenblick der tatsächlichen Vornahme des Eingriffs erlischt. Bis zu diesem Zeitpunkt muß es dem Verletzten aber unbenommen sein, seine Einwilligung zu versagen, oder, wenn er sie schon erteilt hatte, zu widerrufen, wenn ihm im letzten Augenblick Bedenken aufstiegen, weil er erst jetzt zu klarem Erkennen der Bedeutung der Operation gelangt. Eine vertragliche Bindung zur Duldung der Operation ist deshalb unwirksam. Bei der Beurteilung des vorliegenden Falles darf nicht vergessen werden, daß der Patient sich schon einmal einem operativen Eingriff unterzogen hatte, der seine Beschwerden nicht beseitigte, und daß er aus den ärztlichen Gutachten nicht die Sicherheit gewinnen konnte, die vorgeschlagene Entfernung der Tränenrüse werde den erhofften Erfolg haben. Der Kläger stand also vor einem medizinisch zweifelhaften Schritte. sk.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gebietsabgrenzung.

Wir berichteten in No. 27 der »Graphischen Presse« über eine längere Diskussion in unserer schweizerischen Bruderzeitung »Der Senefelder« über das Thema: Wer gehört an die Offsetmaschine? Die dort so lebhaft geführte Aussprache hat nun doch zu einem gewissen Abschluß geführt. Nachdem im April und Mai des Jahres 1914 der Versuch zu einer Verständigung mit den Budrundern zu keinem Ergebnis führte, lief die Angelegenheit bis zum Sommer dieses Jahres. Bei den Tarifverhandlungen beider Berufe gingen auch tatsächlich beide Teile auf eigene Faust vor und versuchten in ihren tariflichen Festlegungen eine Regelung dieser Streitfrage. Doch bei dem engen ineinandergreifen der beiden Berufe in manchen Betrieben konnte es nicht lange ausbleiben, daß sich schließlich Konflikte entwickeln mußten. Das traf denn auch richtig ein. Nun erst kam es zu neuen Verhandlungen, nur daß jetzt nicht nur die Gehilfenorganisationen, sondern auch die entsprechenden Prinzipalsorganisationen sich an der Aussprache betei-

¹⁾ Marx, Das Eland der Philosophie, 2. Auflage, Stuttgart 1892, Verlag von J. H. W. Dietz, Nacht., S. 161.
²⁾ Neue Zeit, 32. Jahrgang, 2. S. 513.

³⁾ Briefe an F. A. Sorge und andere, Stuttgart 1906, Verlag von J. H. W. Dietz Nacht., S. 42.

lügen. Am 26. September trat die dafür angesetzte Konferenz in Olten zusammen. Über das Resultat entnehmen wir dem »Senfelder«:

»Nach einer ziemlich lebhaften Verhandlung einigten sich die anwesenden Parteivertreter für einmal auf die nachstehende Vereinbarung:

Vereinbarung zwischen

dem Schweizerischen Buchdrucker-Verein, dem Schweizerischen Lithographiebesitzer-Verein, dem Schweizerischen Typographenbund, dem Schweizerischen Lithographenbund, betreffend Tief- und Offsetdruck.

1. Die Bedienung der Tiefdruckmaschine darf nur von tarifreuen Gehilfen des Buchdruck- und des Lithographiegewerbes besorgt werden.

2. Der Offsetdruck ist grundsätzlich dem Lithographiegewerbe zuzusprechen.

3. Streitigkeiten über Offset- und Tiefdruck zwischen den beiden Gewerben werden durch ein Schiedsgericht erledigt, in das jeder Prinzipal- und jeder Gehilfenverband ein Mitglied beizubringen. Diese vier Mitglieder wählen dann einen Obmann.

4. Diese Vereinbarung gilt bis 30. April 1920.

5. Der Wortlaut dieser Vereinbarung gilt als Bestandteil der beiderseitigen Berufsordnungen.

Diese Vereinbarung gibt also bei uns vorläufig die Antwort auf die Frage: Wer gehört an die Offset- und Tiefdruckmaschine? Nach unserm Dafürhalten kann die zustande gekommene Vereinbarung keinen Anspruch auf Vollkommenheit erheben. Sichtlich kann man sich ja zur Not mit ihr abfinden, keineswegs aber im Hinblick auf eine klare organisatorische Abgrenzung, wie dies ohne Zweifel im Interesse der von beiden Gehilfenverbänden eingeschlagenen Tarifpolitik zu wünschen wäre.

Schein oder Wirklichkeit. VII.

Daß sich die Wogen des Kampfes um mehr Demokratie auch in unsern Verband verschlagen, ist eine ganz erfreuliche Tatsache, besonders wenn dies mit der ehrlichen Absicht geschieht, wirklich der Sache zu dienen und gangbare Wege zu zeigen, um das durchzuführen, was heute in dieser Beziehung noch verbesserungsbedürftig ist. Gerade hier muß aber die Erfahrung der praktischen Arbeit berücksichtigt werden; denn so manche demokratische Einrichtung hört sich in der Theorie sehr schön an, ist aber praktisch oft garnicht durchzuführen, weil sonst Hemmungen und Nachteile eintreten können, die mehr schaden würden als die ganze Einrichtung Nutzen hat; dies wäre zweifellos bei dem schwerfälligen von Kollege F. K. vorgeschlagenen neuen Vertrauensmännersystem der Fall. Ich glaube, wenn wir der Demokratie nützen wollen, müssen wir andere Wege gehen, denn die wahre Demokratie ist eine Pflanze, die nur auf gut gepflegtem Boden wurzeln und gedeihen kann. Da meine ich, ist es erste Pflicht von uns allen, diesen Boden zu bereiten und den Kollegen das notwendige demokratische Pflichtgefühl beizubringen. Was helfen uns die schönsten demokratischen Rechte, wenn es die Mehrzahl der Kollegen garnicht für nötig hält, dieselben auszunützen. Es sind doch überall immer die gleichen wenigen Kollegen, welche die Versammlungen regelmäßig besuchen, dort ihre Pflicht erfüllen, indem sie mannhaft und sachlich ihre Ansicht vertreten. Während es die Mehrheit vorzieht der Versammlung fernzubleiben, um nachher ihre Weisheit da zu verzapfen, wo es am wenigsten angebracht ist. Daran ist aber sicher nicht Mangel an Demokratie innerhalb der Gewerkschaft schuld, sondern Gleichgültigkeit und Egoismus. Unsere Kommissionen, Ausschüsse und Vorstände sind doch Einrichtungen, die auf rein demokratischem Wege eingesetzt werden, die der Versammlung stets Rechenschaft schuldig sind und dort abgesetzt oder wiedergewählt werden können. Hier haben die Mitglieder und besonders die Vertrauensmänner Gelegenheit daran mitzuarbeiten, daß der richtige Kollege an den richtigen Platz kommt. Damit will ich keineswegs behaupten, daß solche Körperschaften keine Fehler machen. Dies wird aber sicher auch bei größeren oder besser gesagt schwerfälligeren Instanzen der Fall sein. Ich glaube z. B. nicht, daß der Chemigraphentarif anders ausgefallen wäre, wenn da noch extra Vertrauensmänner mitgewirkt hätten, denn der Kreis war keineswegs so eng, waren doch sämtliche Ortsvorstände und Tariffunktionäre beim Abschluß anwesend. Aber zum Abschluß eines Tarifes gehören eben immer zwei Parteien; deshalb wird jeder Abschluß Mängel aufweisen, weil es eben nur ein Kompromiß zwischen den zwei entgegengesetzten Parteien ist. Durch sachliche Kritik und Aussprache über die Mängel kann aber doch in manchen Fällen noch Einigung erzielt werden und den Instanzen muß beigebracht

werden, daß auch tarifliche Körperschaften gewerkschaftliche Grundsätze nie verlassen dürfen. Aber das demokratische Recht muß durch die demokratische Pflicht der Mitarbeit ergänzt werden, dann wird die Demokratie bei uns ganz von selbst gehen, weil eben für Bürokratie dann gar kein Boden vorhanden ist. In nahezu 15jähriger Tätigkeit als Vertrauensmann habe ich die Erfahrung gemacht, daß manche Ortsverwaltung oder Vorsitzende von den Mitgliedern zu Autokraten gemacht wurden, weil alles vertrauensvoll in ihre Hände gelegt wurde, und sich niemand darum kümmerte wie und was gemacht wird. Die Mehrzahl der Kollegen hat eben zu allem Zeit, nur dazu nicht, ihre ureigensten Interessen zu vertreten. Das ist leider die Wirklichkeit. G. St.

Ortsberichte.

Dresden. Eine gemeinsame Versammlung behandelte die Stellungnahme der Kollegenschaft zur Einführung durchgehender Arbeitszeiten. Kollege Leinen hielt das einleitende Referat. Die Kohlen- und Lichtkrise drängt zur Zusammendrängung der Arbeitszeit auf die Tagesstunden. Zögernd wurde schon seit einiger Zeit von amtlichen und militärischen Stellen auf größtmögliche Kohle-, Kraft- und Gasersparnis hingewiesen. Das Verlangen werde aber bestimmter und setze sich bald zu positiven Maßnahmen durch. Konferenzen zwischen der Kriegsstabsstelle und interessierten Kreisen haben bereits stattgefunden und die Kohlenversorgungsämter drängen zu einer Lösung der Frage. Die Handelskammer ist angehalten worden, in Unternehmerkreisen die Einführung durchgehender Arbeitszeit zu fördern. Die Handelskammer selbst habe sich nicht auf den Standpunkt eines Zwanges gestellt, sondern die Sache der Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft überlassen. Aber amtlicherseits kommt bald ein größerer Druck und es muß mit langsamer Durchsetzung geredet werden. Das veranlaßt uns zu bestimmter Stellungnahme und die Verwaltung sei dafür, einen für alle Kollegen gültigen Beschluß zu fassen. Dabei müsse eine kürzere Arbeitszeit gefordert werden, weil sich die Ernährung, neben den so schon vorhandenen Schwierigkeiten, bei einer ungekürzten durchgehenden Arbeitszeit noch schlechter gestalten würde. In der Debatte, die sehr reger war und an der sich 12 Redner beteiligten, wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für unumgänglich und selbstverständlich erklärt. Die Vorschläge wurden in dem einstimmigen Beschluß zusammengefaßt: Bei Einführung durchgehender Arbeitszeit muß eine Verkürzung um mindestens eine halbe Stunde durchgesetzt werden. Die Verkürzung hat an jedem Wochentage stattzufinden, eine Zusammenziehung auf einen Tag ist nicht zu befürworten. Die Versammlung beschäftigte sich außer diesem noch mit örtlichen gewerkschaftlichen Angelegenheiten.

Graphische Technik.

Der praktische Umdrucker.

Vor mir liegt ein kleines Werk, das allerdings vor einer Reihe von Jahren erschienen ist, aber dennoch nicht die allgemeine Beachtung in den Kreisen der Druckerkollegen gefunden hat, die ihm nach meiner Meinung zukommt. Ich meine die Schrift von B. Enders, »Der praktische Umdrucker.«

Den Verfasser des Werckchens deckt lange die kühle Erde; ihm war es erspart, die Grauen und Schrecken des gigantischen Völkermordes und sein Gefolge an Hunger und Elend des Volkes mit zu erleben. — Wohl ihm! —

Was mich veranlaßt, hier heute empfehlend auf das kleine Werk hinzuweisen, ist einmal die Tatsache, daß unsere Fachliteratur an gut und leicht faßlich geschriebenen Spezialwerken nicht reich ist und daß die vorhandenen ziemlich teuer sind. Den Vorzug einer klaren unzweideutigen Schreibweise hat das Werk zweifellos. B. Enders hat viel für die Fachblätter unseres Berufes geschrieben und immer war die Klarheit und Schlichtheit seiner Ausdrucksweise darin zu rühmen. Er war der in der lebendigen Wirklichkeit stehende Mann, der deren Ergebnisse in einfacher leichtverständlicher Form den Kollegen mitzuteilen verstand wie keiner es besser könnte. Das sei als besonderes Verdienst des längst Entschlafenen anerkannt. Was die Wohlfeilheit des Werckchens anbelangt, so braucht man darüber keine Worte zu verlieren, denn 75 Pfg. sind für fast 100 Seiten Text doch ein Spottpreis. Wenn etwas an dem Werkchen zu tadeln

*) Der praktische Umdrucker. Ein Handbuch für Lithographen und Steindruckler, mit Abbildungen von Bernhard Enders, Preis 75 Pfg. Druck und Verlag von Conrad Müller, Schicksdultz-Leipzig.

ist, — ich spreche diesen schwachen Tadel nur aus, um möglichst gerecht zu sein — so sind es die Abbildungen, die eine zeichnerisch wenig geübte Hand verraten. Aber trotzdem: Anschaulichkeit und Klarheit lassen auch sie nicht vermessen.

Ein weiterer Grund, weshalb ich das kleine Werk allen Kollegen zur Anschaffung, zum Studium und Anleitung bei ihrer Arbeit empfehlen möchte, liegt in der in unserem Gewerbe ziemlich weit verbreiteten Arbeitsteilung. Ganz richtig sagt Enders in dem Vorwort zu seinem Werkchen darüber: »Ist doch die Arbeitsteilung nicht nur in der Weise zur Durchführung gelangt, daß Hand- und Schnellpressenarbeit als getrennte Tätigkeiten ausgeübt werden, sondern an der Handpresse unterscheiden wir noch: Andruker, Auflage- und Umdrucker, und bei der letzteren Kategorie außerdem Merkantil- und Chromoumdrucker und bei diesen wiederum: Abdruckmacher, Aufslecher und Fertigmacher des Umdruckes. Bei einer solchermaßen durchgeführten zersplitterten Tätigkeit kann es nicht ausbleiben, daß Drucker herangebildet werden, die nicht in alle Details der Arbeitsweise eingeweiht sind. Dies trifft vornehmlich bei dem großen und wichtigen Gebiete des Umdruckes zu. ...«

Daß diese Ausführungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, werden die Kollegen zugeben. Noch mehr tritt dieser Umstand aber gerade jetzt bei dem notorischen Mangel an Arbeitskräften in die Erscheinung. Heut ist so mancher Maschinendrucker, der bei dieser Arbeit schier alt und grau geworden ist und der sich nur etwa von der Lehre her noch dunkel erinnert, einmal Umdruck-Abzüge gemacht zu haben, gezwungen, wieder zur Umdruckwalze, zur Aufstehdahl und zum Anreißschwamm zu greifen. Daß dabei manches Fehlergebnis herauskommen muß, liegt klar auf der Hand. Hier helfend einzugreifen, ist das Enders'sche Werkchen ganz hervorragend geeignet, ja man möchte fast sagen, es sei bestimmt dazu.

Ich bin fest überzeugt, daß es eine ganze Anzahl von Kollegen gibt, die trotz der oft erfolgten inseratlichen Anzeige des Werkchens in unserer »Graphischen Presse« doch von der Existenz des kleinen wertvollen Werkes nichts wissen und die andererseits in der von mir gekennzeichneten Lage sich befinden. Gerade an solche Kollegen, denen aus ihrer beruflichen und ausschließlich in den Verhältnissen begründeten Unkenntnis gewiß kein Vorwurf gemacht werden soll, wende ich mich mit der Aufforderung: Schafft euch das kleine Werk an; es wird gewiß nur euer Nutzen sein! ab.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Die Frankfurter Kriegsküchen im 3. Geschäftsjahr. Im Auftrage der Frankfurter Kriegsküchenverwaltung hat Genosse Th. Thomas eine 24 Seiten starke Broschüre als Rechenschaftsbericht über das 3. Geschäftsjahr verfaßt. Thomas hat sich in den drei Kriegsjahren mit großer Liebe der verantwortungsvollen Leitung der Frankfurter Kriegsküchen hingegeben. Die Zahl der Gäste ist von 20 auf 540 000 in dieser Zeit angewachsen. Wahrscheinlich wird kaum eine Stadt so umfangreiche Einrichtungen aufzuweisen haben, als Frankfurt a. M. Von dieser Größe zeugen übrigens auch die guten beigegebenen Schwarzätzungen. Von der Ferienkinderspeisung angefangen zur Schulkinderspeisung, der Abendspeisung, Abgabe von Essen an die Fabrikbetriebe, Ausgabe einer Morgensuppe bis zum Kriegsküchengebäck-Frühstück, deutet alles darauf hin, daß hier eine Verwaltung mit Umsicht tätig ist, den Frankfurter Bürgern das Leben in der Kriegszeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Aber Thomas ist bei alledem durchaus kein kritikloser Bewunderer der Gemeinschaftsküche mehr. Auf Grund seiner praktischen Erfahrungen aus dieser ersigen Tätigkeit, hat er Schwächen dieser Einrichtungen entdeckt, die durch keine noch so vollkommenen maschinellen Anlagen, durch den besten Masseneinkauf und durch die weitgehendste Arbeitsteilung nicht ausgeglichen werden können. Er stellt diese Küchen dar als das was sie sind, ein Hilfsmittel der Kriegszeit, den Vielbeschäftigten und besonders den Frauen eine Erleichterung von den Sorgen der Kriegszeit zu bringen. Für alle aber, die sich später einmal mit dem Problem der Massenspeisung oder der Gemeinschaftsküche zu beschäftigen haben, werden diese Berichte ein unentbehrliches Studienmaterial bilden.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige Farbätzer.

Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften sind zu richten an A. Gässter & Co., München, Schellingstraße 41.

Graphische Fachklassen Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auchkäfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Naunynstraße 69.